

Nürnberg.

SPD

# DER SPRINGENDE PUNKT

MONATLICHE ZEITUNG DER SPD NÜRNBERG AUSGABE 02/2025



Liebe Leserin,  
lieber Leser,

das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik gab es eine Mehrheit im Deutschen Bundestag, die mit Stimmen von Rechtsextremen zustande kam. Das ist ein beispielloser Tabubruch. Die Verantwortung dafür tragen Friedrich Merz, Markus Söder und die Union. Nur durch einen Aufschrei der Zivilgesellschaft, landesweite Proteste konnte die nächste Stufe der Zusammenarbeit mit Rechtsextremen im Bundestag gerade noch verhindert werden. Das populistische, europa- und grundgesetzwidrige Gesetz der Union verpasste knapp die Mehrheit.

Nach diesen Ereignissen eins glasklar: Merz darf nicht Kanzler werden! Er hat sein Wort gebrochen und der Demokratie großen Schaden zugefügt. Weder ging es ihm um die Opfer von Gewalttaten, noch um die Sicherheit in unserem Land, es war purer Populismus.

Jetzt kommt es mehr denn je auf unsere SPD an. Wir müssen im restlichen Wahlkampf noch lauter Antworten auf die berechtigten Sorgen, Nöte und Abstiegsängste der Menschen in unserem Land geben. Und gleichzeitig müssen wir dem autoritären Einprärgeln auf Sündenböcke widerstehen.

Unser Land braucht jetzt mehr soziale Politik, mehr Investitionen in einen starken Rechtsstaat und in eine moderne Wirtschaft. Dafür müssen die SPD und Olaf Scholz diese Wahl noch drehen. Es ist eine riesige Herausforderung. Gehen wir raus an die Infostände, in die Betriebe und Vereine!

Packen wir's an!

Mit solidarischen Grüßen  
Euer Nasser

## MITTE STATT MERZ

Aus Verantwortung  
für Deutschland:

SPD

Wenn Friedrich Merz und seine CDU Mehrheiten mit der AfD suchen, verlassen sie die politische Mitte. Gerade in herausfordernden Zeiten braucht Deutschland aber eine stabile Regierung der Mitte. Eine verantwortungsbewusste und verlässliche Regierung für Recht, Ordnung und Menschlichkeit. So eine Regierung ist nur unter Führung von Olaf Scholz und der SPD möglich.

Die Merz-CDU schlägt Maßnahmen vor, die europäisches Recht brechen und gegen das Grundgesetz verstoßen. Und sie paktiert lieber mit Rechtsextremisten, als mit demokratischen Parteien vernünftige Kompromisse zu finden. Damit bricht sie mit dem demokratischen Grundkonsens seit Bestehen der Bundesrepublik.

Deutschland ist ein weltoffenes Land – gesellschaftlich und wirtschaftlich. Um diese Offenheit zu bewahren, ist es nötig, die irreguläre Migration zu begrenzen. Dafür hat Bundeskanzler Olaf Scholz in den vergange-

nen Jahren viele weitreichende Maßnahmen ergriffen. Übrigens, im Gegensatz zu den von CDU/CSU geführten Regierungen davor. Unsere Maßnahmen zeigen Wirkung: Die Zahl der Asylgesuche ist im letzten Jahr um 34 % gesunken, die Zahl der Abschiebungen um 22 % gestiegen. In dieser Woche legen wir weitere konkrete Maßnahmen zur Abstimmung vor, unter anderem für moderne Ermittlungsmethoden für unsere Sicherheitsbehörden und die Umsetzung der großen europäischen Asylreform. So schaffen wir konkrete Verbesserungen. Und das, ohne uns dabei auf Rechtsextremisten einzulassen.

**So machen wir Politik für die Mitte in Deutschland:** mehr Netto für 95 % und weniger Steuern auf Lebensmittel. Stabile Renten. Ein Mindestlohn von 15 €. Eine Verlängerung der Mietprelsbremse. Günstigerer Strom. Und mehr Investitionen in Deutschland durch einen „Made in Germany“-Bonus. Das ist Politik für Dich.

# NEUES AUS DER AGS

## Die AGS im Austausch mit SPD-Bürgermeistern

Um die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zu intensivieren, führte der AGS-Vorsitzende Roland Weinger kürzlich konstruktive Gespräche mit Dr. Florian Janik, Oberbürgermeister von Erlangen, und German Hacker, Bürgermeister von Herzogenaurach.

Ein zentrales Thema der Gespräche war die Kampagne „Ich bin die Wirtschaft!“, mit der die AGS auf die Bedeutung von Soloselbstständigen und Freiberufler:innen für die Wirtschaft aufmerksam machen möchte. Sowohl Dr. Florian Janik als auch German Hacker erklärten ihre aktive Unterstützung für die Kampagne, die nach ihrem Start in Nürnberg ab Herbst 2025 auch in Erlangen und Herzogenaurach mit gezielten Aktionen und Veranstaltungen umgesetzt wird. Geplant ist unter anderem ein BarCamp in Erlangen, das Diskussionen, Workshops und Erfahrungsaustausch ermöglichen soll. Besonders hervorzuheben ist, dass OB Janik gezielt Unternehmer:innen mit Migrationshintergrund einbinden möchte, um deren wichtige Rolle für die lokale Wirtschaft sichtbarer zu machen. Als Universitätsstandort ist Erlangen zudem besonders attraktiv für studentische Start-ups und universitäre Ausgründungen. Das Medical

Valley in Erlangen zählt zu den wirtschaftlich stärksten und wissenschaftlich aktivsten Medizintechnik-Clustern weltweit und bietet optimale Voraussetzungen für die schnelle Entwicklung neuer Produkte, Prozesse und Dienstleistungen. Gemeinsam mit dem Nürnberger Tech Incubator ZOLLHOF hat sich Erlangen als „Startup Factory“ beim Bundeswirtschaftsministerium beworben – eine Initiative, die hochschulnahe, unternehmerische Leuchttürme in Deutschland schaffen soll, um die Bundesrepublik international konkurrenzfähig zu machen. In Herzogenaurach liegt der Fokus der Kampagne vor allem auf den kreativen Zulieferern der großen Unternehmen Adidas, Puma und Schaeffler sowie auf der vielfältigen Landschaft kleinerer und mittelständischer Unternehmen. Bürgermeister German Hacker betonte im Gespräch, dass Herzogenaurach zwar stark von den „Großen Drei“ geprägt sei, aber dennoch viele innovative Unternehmen abseits der Konzerne eine zentrale Rolle spielten. Neben den lokalen Aktionen stand auch die überregionale Vernetzung wirtschaftlicher Akteur:innen mit Nürnberg im Fokus. Schließlich arbeiten alle Beteiligten gemein-

sam am Wachstum der Metropolregion Nürnberg, denn wirtschaftliche Interessen enden nicht an Stadt- oder Landkreisgrenzen. In diesem Zusammenhang wurde die Idee eines mittelfränkischen Wirtschaftsstammtischs diskutiert, der regelmäßig an wechselnden Standorten stattfinden könnte, um den Austausch zwischen Wirtschaft und SPD-Politik zu fördern.

Ein weiteres Thema der Gespräche war die Gründung lokaler AGS-Strukturen in Erlangen, Herzogenaurach und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt. Ziel muss es sein, die spezifischen Herausforderungen und Bedürfnisse mittelständischer Unternehmen, Selbstständiger und Kleinunternehmer:innen vor Ort besser zu erfassen und gezielt in die politische Arbeit der AGS einzubringen.

Die Gespräche mit den beiden SPD-Bürgermeistern zeigen: Die wirtschaftlichen Strukturen in Mittelfranken sind spannend und vielfältig. Deshalb ist es entscheidend, dass die SPD über die AGS in diesem Bereich wieder mehr Gewicht gewinnt. Weitere Gespräche mit Bürgermeister:innen und Landrät:innen – auch überparteilich – sind bereits in Planung.

## Impressum

**Herausgeber:** SPD Nürnberg

**Verantwortlich:** Nasser Ahmed

**Redaktion:** Nasser Ahmed,  
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

**Grafische Gestaltung:** Michael Graf

**Redaktionsanschrift:**

SPD Nürnberg  
Karl-Bröger-Str. 9  
90459 Nürnberg

**E-Mail:** dsp@spd-nuernberg.de

**Tel:** 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

**Auflage:** 5.500 Exemplare

Gedruckt auf zertifiziertem Papier mit Ökofarbe.



**Netzwerktagung am 05. Februar 2025  
zum Thema "Personalmangel in der  
Küche und flexible  
Produktionsmodelle"**

Die Lage in den Gast- und Produktionsküchen ist alarmierend: Viele Betriebe kämpfen weiterhin mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Zeit, während steigende Kosten und massiver Personalmangel die Situation zusätzlich verschärfen. Besonders betroffen sind nicht nur klassische Gastronomiebetriebe, sondern auch Betriebsrestaurants, Caterer und Verpflegungsdienstleister sowie Küchen in sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen – von Wohn- und Pflegeheimen über Krankenhäuser bis hin zu Schulen und Betreuungseinrichtungen. Wir werden deshalb mit den Akteuren über innovative Lösungsansätze diskutieren und eine Produktionsküche besichtigen. Veranstalter ist die AGS gemeinsam mit dem Verband KulturGilde. Unseren bayerischen Spitzenkandidaten Carsten Träger konnten wir als Schirmherren und für ein Grußwort gewinnen. Nähere Informationen unter [www.creativityontap.de](http://www.creativityontap.de)



**MEHR FÜR DICH.  
BESSER FÜR  
DEUTSCHLAND.**

**SPD**

**WARUM  
ENTWICKLUNGS-  
ZUSAMMENARBEIT?**

**mit Bundesministerin Svenja Schulze,  
Gabriela Heinrich MdB und  
Thomas Grämmer**

**SAMSTAG  
15.2.  
15 UHR  
CARITAS-  
PIRCKHEIMER-HAUS  
NÜRNBERG**

# EUER EINSATZ MACHT DEN UNTERSCHIED – DANKE FÜR EUER ENGAGEMENT!

Wahlen gewinnt man nur gemeinsam – und euer Engagement ist das, was uns stark macht! **Danke an alle**, die in den letzten Wochen und Monaten dabei waren: an den Infoständen in der Stadt und den Ortsvereinen, beim Plakatieren, beim Flyerverteilen in den Stadtteilen oder beim Tür-zu-Tür-Wahlkampf. Jede Aktion zählt, jeder Moment im Gespräch, jedes freundliche Wort, jedes Lächeln – überall, wo wir unterwegs sind!

Jetzt geht es in den Endspurt! Bis zum **23. Februar** gilt es, weiter Präsenz zu zeigen, weiter Menschen zu überzeugen und weiter für eine starke SPD zu kämpfen.

**Auf geht's – zusammen für den Wahlerfolg!**



Fotos: R. Löster

# WARUM OLAF SCHOLZ?

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Bei der Bundestagswahl geht es um die Richtung, die das Land nimmt. Olaf Scholz will es in eine erfolgreiche und soziale Zukunft führen. Friedrich Merz will zurück in die Vergangenheit.

Viele Menschen sind verunsichert nach den Krisenjahren. Erst gab es eine Pandemie. Dann griff Russland die Ukraine an, Putin drehte uns den Gashahn zu und Deutschland diskutierte darüber, ob wir im Winter alle frieren müssen. Und dann explodierten nach dem russischen Angriff weltweit die Energiepreise, was eine hohe Inflation auslöste. Im Supermarkt wurde plötzlich alles teurer. Hinzu kommt die Sorge, weil der Krieg in Europa andauert. Das Leben wurde also in den letzten Jahren gefühlt nicht besser, sondern schlechter. Deswegen ist das Vertrauen in die Politik gesunken. Das Problem: Keine deutsche Regierung kann über einen russischen Angriff oder eine Pandemie entscheiden. Wir können nur mit globalen Krisen umgehen, möglichst schnell rauskommen und auf die nächste besser vorbereitet sein. All das haben wir mit Olaf Scholz gemacht.

Es gibt viele Erfolge: Wir haben mit der SPD-geführten Bundesregierung 2024 **Rekordbeschäftigung** erreicht. Noch nie gab es so viele Erwerbstätige in Deutschland. In den letzten drei Jahren sind **1,5 Millionen neue Normalarbeitsverhältnisse** entstanden, also gute Arbeit. 2023 sind die Reallöhne das erste Mal seit 2019 wieder gestiegen, aktuell steigen sie deutlich. Warum? Weil die SPD den **Mindestlohn** erhöht hat und Olaf Scholz die **steuerfreie Inflationsausgleichprämie** eingebracht hatte, die die Gewerkschaften dann in den Tarifverhandlungen durchsetzten. Da wir die **Inflation** wieder in den Griff bekommen haben, steigen die **Renten** endlich wieder real. Allerdings nur deswegen, weil die SPD durchgesetzt hatte, das Rentenniveau bis Mitte 2025 abzusichern und die Ren-

ten (noch) eng der guten Lohnentwicklung folgen.

**Olaf Scholz** hat nach der Zeitenwende schnell und konsequent gehandelt. Mit dem **Sondervermögen Bundeswehr** investieren wir seitdem in unsere Sicherheit. Auf europäischer Ebene hat er die Stärkung der europäischen Luftabwehr eingeleitet. Seiner Initiative „**European Sky Shield**“ haben sich schon 20 europäische Staaten angeschlossen. Während andere – wie Friedrich Merz – kurz nach dem Angriff aus „moralischen“ Gründen den Gashahn selbst zudrehen wollten, ohne eine Alternative für die Versorgung des Landes zu haben, hat der Bundeskanzler das abgelehnt. Und stattdessen über **Flüssiggas-Terminals** in Rekordzeit die Versorgung in Deutschland sichergestellt, als dann Putin selbst den Gashahn zudrehte. Dieses neue „**Deutschland-Tempo**“ haben wir danach auch auf neue Windräder und Bahnstrecken angewandt, mit schlanke- ren Genehmigungsverfahren.

Olaf Scholz hat **neue Partnerschaften** geschlossen, mit aufstrebenden Staaten wie Indien und Brasilien. Um Deutschland unabhängiger zu machen. Aber auch für **Klimaschutz**. Und für **Diplomatie und Frieden**. Er hat sich zusammen mit China dafür eingesetzt, dass Russland **keine Atomwaffen** im Krieg gegen die Ukraine einsetzt. Für diese Reise nach China wurde er von der grünen Außenministerin kritisiert. Aber: Diplomatie muss dorthin, wo die Entscheidungen getroffen werden und sie muss auch mit denen reden, die nicht alle unsere Werte teilen. Während andere nur „Panzer!“ gerufen haben, hat er weltweit für das **Völkerrecht** geworben. Denn auch andere Staaten haben ein Interesse an der Stärke des Rechts, statt am Recht des Stärkeren. Er arbeitet dafür, für Putin die Kosten für den Krieg zu erhöhen. Denn: Je größer die internationale Isolierung, desto höher die Chancen, dass Putin den Angriff beendet.

Dem Kanzler wurde „Zögerlichkeit“ vorgeworfen. Gleichzeitig ist Deutschland

**größter Unterstützer der Ukraine in Europa**. Wenn das zögerlich ist, was ist dann der Rest der Welt? Richtig ist, dass der Bundeskanzler und die SPD sicherstellen, dass wir nicht selbst in den Krieg hineingezogen werden. Deswegen gibt es mit uns keine nationalen Alleingänge. Und es gibt auch keine **Taurus-Marschflugkörper**, die eine Reichweite bis nach Moskau hätten. Friedrich Merz und Robert Habeck wollen sie leichtfertig der Ukraine geben. Wir würden damit nicht nur unser wichtigstes eigenes System zur Abschreckung abgeben, sondern auch das Schicksal unseres Landes legen. Denn: Würde die Ukraine Moskau damit ins Visier nehmen, würde das nicht ohne Konsequenzen für Deutschland bleiben. Würden dagegen deutsche Soldaten bei der Programmierung von Zielen eingesetzt (um die Kontrolle zu behalten), bräuhete es hierzulande ein **Bundestagsmandat**, womit wir offiziell Kriegspartei wären. Wer leichtfertig mit der Sicherheit Deutschlands umgeht, ist als Bundeskanzler nicht geeignet.

Friedrich Merz will in die Vergangenheit investieren und redet vom aussterbenden Verbrennermotor, während China den Technologiesprung zur Elektromobilität nutzen will, um in Zukunft die Automobilindustrie zu dominieren. Er glaubt nicht an den grünen Stahl. Ohne grünen Stahl gibt es aber auch keine **Mobilitätswende** und keine **Energie-wende**. Und letztlich auch keine Transformation zum **klimaneutralen Industrieland**. Und das, obwohl die Arbeitsplätze der Zukunft in den neuen Technologien liegen, nicht in denen der Vergangenheit. Sein Vorschlag für Wirtschaftswachstum: **Steuergeschenke für sehr hohe Einkommen**. Keine gesetzliche Sicherung des **Rentenniveaus** und damit dessen Absenkung.

Ein **starker Sozialstaat** ist das Fundament für eine starke Demokratie. Das **Miteinander** gehört zum Fundament der **Demokratie**. Beides stellt Merz in Frage, nicht zuletzt mit seinem Vorschlag, bei doppelter Staatsbürgerschaft und Fehlverhalten die deutsche Staatsbürgerschaft wieder abzuerkennen. Ganz im Sinne der AfD-Diskussionen für „Remigration“.

Diese Bundestagswahl ist in vielerlei Hinsicht eine **Richtungsentscheidung**. Und wir als SPD stehen mit **Olaf Scholz** für den Weg in eine erfolgreiche, soziale, klimaneutrale und sichere Zukunft des Landes!

von ANIL ALTUN, SABINE KNUHR-WEINIGER,  
GABI PENZKOEFER-RÖHRL, ELISABETH RIES  
und THORBEN STARKE

Einsamkeit ist ein schmerzhaftes, subjektives Gefühl, bei dem die eigenen sozialen und emotionalen Beziehungen nicht den persönlichen Wünschen entsprechen. Wenn Einsamkeit über einen längeren Zeitraum anhält, kann sie ein erhebliches Risiko für die psychische und physische Gesundheit darstellen. Sie betrifft Menschen jeden Alters und jeder Herkunft, auch wenn die Gründe, Ausprägungen und Folgen unterschiedlich sein können.

Dieses oft tabuisierte Thema rückte in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der öffentlichen Diskussion. Grund genug für den SPD-Ortsverein Wöhrd, die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus und die Jusos, eine generationenübergreifende Debatte zu initiieren. Am 9. Januar 2025 luden wir daher zu einer Auftaktveranstaltung in die Begegnungsstätte Marie 15 ein – und trafen offenbar einen Nerv der Zeit: Die drei Vorsitzenden Gabi Penzkofer-Röhr, Anil Altun und Thorben Starke konnten über 50 Gäste in dem bis auf den letzten Platz besetzten Raum in der Marienstraße willkommen heißen.

#### Impulse aus Politik und Praxis

Unsere Jugend- und Sozialreferentin Elisabeth Ries eröffnete die Veranstaltung mit einem aufschlussreichen Impulsreferat. Gutes Leben für Menschen aller Generationen in unserer Stadt ist ein Kernanliegen der Jugend- und Senior\*innenpolitik in Nürnberg. Deshalb befassen sich sowohl die Ämter als auch die Stadtratsausschüsse regelmäßig mit der empfundenen Lebensqualität. Sie zitierte aus der Nürnberger Seniorenbefragung 2019, wonach knapp 4 % der Befragten angaben, sich häufig einsam zu fühlen, und weitere 8 %, dass sie sich eher einsam fühlten. Für junge Menschen liegen keine gesonderten Befragungsergebnisse vor, aber eine ausführliche Recherche für den Jugendhilfeausschuss, die ergab, dass zahlreiche junge Menschen in und nach der Pandemie unter mangelnden Kontakten und Einsamkeit leiden. Sie betonte, dass Einsamkeit eine stressvolle Erfahrung ist, die sowohl die Lebensqualität als auch die Gesundheit beeinträchtigen kann. Die Stadt kann individuelle menschliche Beziehungen nicht herstellen, aber gute, niedrigschwellige Gelegenheiten für Begegnung und Austausch schaffen. Hierfür bestehen zahlreiche Angebote für Ältere und Junge: von Mehrgenerationenhäusern über Seniorennetzwerke, Digitalcafés bis hin zu Besuchsdiensten und Mittagstischen für Senior\*innen, über Angebote der Kinder- und Jugendarbeit wie Jugendhäuser und –treffs, das Partizipationsangebot laut!



## EINSAMKEIT BEI JUNG UND ALT

Ein Thema, das bewegt

v.l.n.r.: Anil Altun,  
Sandra Manthey,  
Thorben Starke,  
Gabi Penzkofer-Röhr,  
Elisabeth Ries,  
Sabine Knuhr-Weiniger

Jugendverbände, Ferienprogramme, Sport, Musik und Kulturelles. Für Studierende und Azubis bieten die Ausbildungseinrichtungen Treffs und Programme. Für alle Altersgruppen stehen auch Beratungsstellen und Hotlines wie die Telefonseelsorge oder die Kinder- und Jugendhotline „Nummer gegen Kummer“ zur Verfügung, wenn das Gefühl der Einsamkeit überhandnimmt. Informationen über all diese Angebote noch besser zu bündeln und bestmöglich an die Interessierten zu bringen, ist stetiges Bemühen der Anbieter, das immer wieder nachgesteuert werden muss.

Schwer auflösbar, so Elisabeth Ries, ist das Dilemma, dass einsame Menschen letztlich selbst einen – zumindest kleinen – Schritt tun müssen: Gesprächsangebote annehmen, Treffs aufsuchen, Kontakte erwidern. Denn der schmerzliche Mangel an Beziehung kann nur überwunden werden, wenn eine Bereitschaft und Fähigkeit zu Beziehung gegeben ist. Als Nachbarin oder Freund kann man helfen, indem man Einsamkeit zu erkennen versucht und zum Überwinden der Schwelle ermutigt, damit einsame Menschen den ersten Schritt wagen und weitere gehen können.

#### Eine lebhaftige Diskussion

Im Anschluss eröffnete die Moderatorin Sabine Knuhr-Weiniger, SPD-Bezirksrätin und Sozialpädagogin, eine Diskussionsrunde und lud die anwesenden Gäste dazu ein, ihre Erfahrungen und Anliegen zu diesem sensib-

len Thema einzubringen. Viele Teilnehmende äußerten ihre Erfahrungen und Wünsche. Ein häufig genannter Punkt war die Notwendigkeit, bestehende Angebote gegen Einsamkeit stärker bekannt zu machen, beispielsweise durch verschiedensprachige Flyer in Arztpraxen und Apotheken. Gleichzeitig wurde betont, dass soziale Kontakte ein Geben und Nehmen sind und Eigeninitiative, wie ehrenamtliches Engagement, einen wichtigen Beitrag leisten kann. Ein zentraler Diskussionspunkt war die Idee einer Willkommenskultur für Neu-Zugezogene, insbesondere für junge Menschen. Es wurde vorgeschlagen, Treffpunkte und Anlaufstellen zu schaffen, die den Einstieg in soziale Netzwerke erleichtern.

#### Generationenübergreifende Ansätze

Die Teilnehmer\*innen diskutierten intensiv über Möglichkeiten, den Austausch zwischen den Generationen zu fördern. Vorschläge reichten von gemeinsamen Aktivitäten von Kitas und Seniorenheimen bis hin zu Projekten wie „Wege in die digitale Welt für Ältere“. Dabei kam auch die Frage auf, inwieweit die zunehmende Digitalisierung Einsamkeit verstärken oder mindern kann. Ein weiterer wichtiger Aspekt war das Thema Wohnen. Einige äußerten die Sorge, dass der lange Verbleib in der eigenen Wohnung Einsamkeit begünstigen könnte. Alternativen wie generationenübergreifendes Wohnen wurden als mögliche Lösung aufgezeigt. Thomas Schmidt, Geschäftsführer der WIN

gGmbH, stellte im Gespräch mit Thorben Starke, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Wöhrd, konkrete Angebote der Begegnungsstätte Marie15 wie offene Café-Treffs, Konzerte, Slow Dating und andere Veranstaltungen seiner Initiative vor.

### Abschluss und Ausblick

Zum Abschluss sprach Anil Altun, Vorsitzender der Jusos Nürnberg, über die Bedeutung des generationsübergreifenden Dialogs als Mittel gegen Einsamkeit. Er betonte, dass junge Menschen heute oft politischer und vernetzter sind, jedoch eher anlass- und themenbezogen aktiv werden. Die klassische Vereinsstruktur biete für viele nicht mehr die gleichen sozialen Auffangbecken wie früher. Stattdessen nehmen soziale Medien eine immer zentralere Rolle ein – mit positiven, aber auch negativen Auswirkungen. Zwar können sie Einsamkeit durch digitale Vernetzung lindern, sie führen jedoch häufig zu psychischem Druck und einem übertriebenen Selbstoptimierungsdrang. Hinzu kommen immer weniger Alltagskontakte mit anderen Menschen, die durch den Effizienz- und Leistungsdruck in der Gesellschaft weiter eingeschränkt werden.

Anil Altun forderte daher den Ausbau wetterunabhängiger, konsumfreier Räume für junge Menschen, die echte Begegnungen ermöglichen. Ein weiteres Anliegen war die Einführung einer „Jugend-App“, die alle zentralen Angebote für junge Menschen in Nürnberg bündelt und leicht zugänglich macht. Mit dem bewilligten Haushaltsantrag der SPD-Stadtratsfraktion für digitale Angebote unter dem Dach „Nürnberg Young City“ kann dieser Impuls durch das Jugendreferat in der nächsten Zeit aufgegriffen und geprüft werden.

Auch Gabi Penzkofer-Röhr, Vorsitzende der AG 60plus, brachte wertvolle Impulse ein. Sie regte an, über neue Konzepte wie Senioren-Streetwork oder Plauderbänke nachzudenken, um niederschwellige Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen. Sie betonte nochmals, dass es kein Angebot gibt, dass für alle gleich gut ist, da Einsamkeit so vielfältig ist, wie die Menschen, die sie erleben und entsprechend vielfältig und breit gefächert auch die Angebote sein müssen.

Die Veranstaltung bot viele Denkanstöße, die wir in unserer politischen Arbeit weiterverfolgen werden. Das große Interesse zeigt, wie wichtig das Thema ist. Die politische Dimension von Einsamkeit konnten wir an diesem Abend nur anreißen. Wir wollen daher das Thema in weiteren Veranstaltungsformaten in diesem Jahr vertiefen. Unser besonderer Dank gilt Sandra Manthey für die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung der Auftaktveranstaltung.



Michael Ziegler, Vorsitzender der LAG Mali, zusammen mit Ki'Luanda im Einsatz beim Benefizkonzert in der DESI

## SCHLUSS MIT DER BESCHNEIDUNG

Aufklärungskampagne der LAG Mali geht 2025 weiter!

Wer - wie die LAG Mali - Frauen in den Mittelpunkt ihrer Hilfsprojekte stellt, kann vor der Beschneidung nicht die Augen verschließen: 89 % der über 15-jährigen Mädchen und Frauen in Mali haben diese Genitalverstümmelung erlitten. Davor wollen wir die nächste Generation von Mädchen bewahren!

Eine Tendenz ist, dass diese Praktik bereits im Kleinkindalter vollzogen wird. Die Betroffenen leiden nicht nur akut, sondern oftmals ein Leben lang an den Folgen. Hinzu kommt, dass die wenigsten Frauen die Zusammenhänge ihrer gesundheitlichen Beschwerden kennen. Zusammen mit unserem Partner AMSOPT engagieren wir uns seit 2005 mit einer Aufklärungskampagne im Landkreis Dioila. Dort haben wir in 5 Dörfern begonnen und seitdem Schritt für Schritt die Aktionen auf 22 Dörfer ausgedehnt.

Mit Bildern, Workshops, Radiosendungen und in persönlichen Gesprächen klärt AMSOPT, vor Ort über die Folgen der Beschneidung auf. Informieren, helfen und überzeugen ist der bisher erfolgreiche und ganzheitliche Ansatz: Es werden alle sozialen Gruppen eines Dorfes einbezogen: Frau-

en und Männer, Jugendgruppen und Ältestenrat inklusive Dorfchef.

Die Beschneidung ist ein sensibles und bisher tabuisiertes Thema. Zudem ist sie in der kulturellen Tradition vieler Ethnien in Mali tief verwurzelt. Es braucht daher einen langen Atem. Deshalb freuen wir uns, dass sich Ki'Luanda, seit 2023 Projektpatin der LAG Mali, mit einem Benefizkonzert im November 2024 für das Projekt eingesetzt hat.

Herzlicher Dank an Ki'Luanda und an alle Spender\*innen, die sich dafür stark gemacht haben! Jetzt können wir in 2025 die Aufklärungskampagne in Mali fortsetzen, damit die Beschneidung dort aufhört!

Gerne stehen wir für Genoss\*innen und Eure Rückfragen zum Projekt bereit und freuen uns, wenn Ihr weiterhin unsere Arbeit solidarisch unterstützt.

### Kontakt und mehr Informationen:

[www.lag-malihilfe.de](http://www.lag-malihilfe.de) oder per Mail:

[lag-mali@web.de](mailto:lag-mali@web.de)

### Spendenkonto:

VR-Bank Metropolregion Nürnberg eG

IBAN: DE65 7606 9559 0003 2590 05





## WARUM SPD?

von GABRIELA HEINRICH, MdB

**Wir haben mit der SPD-geführten Bundesregierung Einiges erreicht. In einer Zeit, die von globalen Krisen geprägt war und ist. Und wir haben noch viel vor!**

**Für Erwerbstätige** haben wir den **Mindestlohn kräftig erhöht**. Das wollen wir fortsetzen. Spätestens ab 2026 soll er bei 15 Euro liegen. Zugleich haben wir **bei der Einkommenssteuer entlastet**, zuletzt mit einer weiteren Anhebung des Grundfreibetrages. Jetzt setzen wir auf eine gerechte Steuerreform für die arbeitende Mehrheit: **95 Prozent sollen entlastet werden**. Nur die höchsten Einkommen sollen sich stärker beteiligen und damit zur Gegenfinanzierung beitragen. Die (nicht gegenfinanzierten) Steuerpläne von **CDU, CSU, FDP** und auch der **AfD entlasten am stärksten die Spitzenverdiener**.

**Für kleine Einkommen:** Das ganze Gerede, dass niemand etwas für Menschen mit kleinem Einkommen tue, ist Unsinn. Die **SPD** hat die kleinen Einkommen im Blick. Neben der Mindestloohnerhöhung haben wir eine **große Wohngeldreform** durchgesetzt: 2 Millionen Menschen haben darauf Anspruch. Beziehen können es Rentnerinnen und Rentner sowie Erwerbstätige mit kleinem Einkommen – vor allem Alleinerziehende und Familien. Einkommen bis 2.000 Euro haben wir zugleich **von Sozialabgaben entlastet**. Verbessert haben wir auch die **Erwerbsminderungsrente**. Besonders kleine Einkommen profitieren vom SPD-Vorschlag, die **Mehrwertsteuer für Lebensmittel zu senken**.

**Für Rente und Pflege:** Die **Renten stiegen letztes Jahr um 4,57 Prozent** und damit deutlich stärker als die Inflation (2,2 Prozent). Das hat auch damit zu tun, dass die SPD das Rentenniveau gesetzlich abgesichert hatte. Aber: Mitte 2025 läuft das aus. CDU und CSU wollen die Sicherung des Rentenniveaus nicht verlängern. Wir schon.

Denn ohne **gesetzliche Haltelinie** koppeln sich die Renten von der Lohnentwicklung ab und verlieren an Wert. Das geht auch zu Lasten derjenigen, die heute arbeiten. Nicht zuletzt müssen wir mehr für die **Pflege** tun. Wir haben bereits Sachleistungen und Pflegegeld erhöht. Jetzt wollen wir einen **Pflegekostendeckel** – für Pflegekosten im Heim soll die Eigenbeteiligung auf 1.000 Euro gedeckelt werden.

**Für Familien:** Eine Familie mit zwei Kindern hat durch unsere **Kindergelderhöhungen** jährlich 744 Euro mehr Kindergeld im Jahr. Erhöht haben wir auch den **Kinderzuschlag für kleine Einkommen**, die Kinderfreibeträge sowie den steuerlichen Entlastungsbeitrag und den Unterhaltsvorschuss für **Alleinerziehende**. Als nächstes wollen wir das **Elterngeld ausbauen** und noch flexibler und partnerschaftlicher machen. Zugleich sollen Väter und Partner im Rahmen einer neuen **Familienzeit** die Möglichkeit erhalten, sich für die ersten zwei Wochen nach der Geburt bei voller Lohnfortzahlung freustellen zu lassen.

**Für Bildung und Jugend:** Familien brauchen eine gute Infrastruktur. Deswegen unterstützen wir die Kitas mit dem **Kita-Qualitätsgesetz** mit 2 Milliarden Euro im Jahr. Damit finanzieren wir ein besseres Betreuungsverhältnis in Kitas und die Sprachförderung. Investiert haben wir in neue **Ganztagschulen** und ein **Startchancenprogramm für Schulen** – dafür stellen wir zusammen mit den Ländern 20 Milliarden Euro zur Verfügung. In Nürnberg wurden bereits 19 Schulen ausgewählt, weitere sollen folgen – dort, wo der Bedarf am größten ist. Zusätzlich wollen wir ein **Startchancenprogramm für Kitas**. Den **Digitalpakt Schule** mit Investitionen in die digitale Ausstattung der Schulen wollen wir fortführen und auch das **BAföG** weiter ausbauen. Das **Wahlalter** wollen wir auf 16 senken. Für **junge Menschen** wollen wir zudem im 17.

Lebensjahr einen **MobilitätsPass** mit 500 Euro Guthaben einführen, etwa für Führerscheinkosten, Bahntickets oder Fahrräder.

**Für Wohnen:** Der Wohnungsbau hat sich in den letzten Jahren leider schlecht entwickelt. Das Problem sind die gestiegenen Kosten für Baumaterialien in Folge des russischen Angriffs auf die Ukraine, höhere Zinsen und fehlende Fachkräfte. Wir wollen noch stärker unterstützen und unsere **Rekordinvestitionen in den sozialen Wohnungsbau** (18 Milliarden Euro bis 2027) fortsetzen, auch wenn eigentlich die Bundesländer zuständig sind. Gerade in Bayern ist das nötig, denn hier fehlen 200.000 Sozialwohnungen. Umso wichtiger ist es, dass die einst von der SPD durchgesetzte **Mietpreisbremse** fortgeführt und ausgeweitet und **Mietwucher** unterbunden wird. Beides wollen CDU und CSU nicht. Wir wollen weiter dabei helfen, dass sich „normale“ Menschen wieder **Wohneigentum** leisten können und auch unser Programm für **Wohnheimplätze für Studierende und Azubis** weiterführen.

**Für mehr Ordnung in der Migration:** Wir stehen für das **Recht auf Asyl** und den **Flüchtlingsschutz**. Mit der **europäischen Asylreform** haben wir eine grundlegende Neuordnung erreicht, die im kommenden Jahr startet. Künftig wird verstärkt an den Außengrenzen geprüft. Schutzbedürftige werden dann in Europa verteilt. Wer sich mit Arbeit und Ausbildung integriert hat, kann schon jetzt die neuen Möglichkeiten wie den **Chancenaufenthalt** nutzen. Ansonsten gilt: Wer **keinen Schutzbedarf** hat, muss das Land wieder verlassen. Die Zahl der erfolgten **Rückführungen** ist um 20 Prozent gestiegen. Wer gerne in Deutschland leben und arbeiten möchte, muss und kann jetzt mit dem ausgebauten **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** kommen.

**Für die Mobilitäts- und Energiewende:** Wir setzen auf **Erneuerbare Energie**, deren Anteil zuletzt schon 60 Prozent am Stromverbrauch erreichte. Wir haben das **Deutschlandticket** eingeführt, dessen Zukunft von Markus Söder in Frage gestellt wird. Wir haben die Bundesmittel für den **ÖPNV** erhöht und fördern in Nürnberg zusätzlich **neue Elektrobusse**, aktuell mit 18 Millionen Euro. Die **Rekordinvestitionen in die Deutsche Bahn** wollen wir fortsetzen, damit Strecken grundlegend saniert werden. Den **Umstieg auf Elektromobilität** wollen wir stärker unterstützen und die **Mobilitäts- und die Energiewende** zum Erfolg führen. Und die Menschen dabei mitnehmen. Deswegen schlagen wir vor, die Netzentgelte zugunsten **niedrigerer Strompreise** zu senken. Und mit einem **Deutschlandfonds 100 Milliarden** in die Infrastruktur zu investieren.



# WINTERKLAUSUR DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

Zukunft gestalten – Bayern stärken

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Liebe Genossinnen und Genossen, Bayern steht vor großen Herausforderungen. Viele Menschen sorgen sich um die Zukunft – sei es um die Wirtschaft, unser Sozialsystem oder die Zukunft unserer Kinder. Auch in meinen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern in Nürnberg wird mir das immer wieder deutlich. Es gilt diese Sorgen ernst zu nehmen und entschlossen zu handeln. Auf unserer Winterklausur haben wir genau das getan: Wir haben intensiv beraten, wie wir Bayern zukunftsfähig machen können – mit konkreten Maßnahmen, die den Menschen wieder Zuversicht geben. Zwei Themen standen dabei im Mittelpunkt: die Zukunft der bayerischen Automobilindustrie und unseres Gesundheitssystems.

## Eine Bayern-Milliarde für die Zukunft unserer Wirtschaft

Die Automobilindustrie ist das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Sie sorgt für hunderttausende Arbeitsplätze – direkt und in den zahlreichen mittelständischen Zulieferbetrieben. Doch die Branche steht vor einem massiven Umbruch. Elektromobilität und die Konkurrenz durch stark subventionierte E-Autos aus China stellen unsere Hersteller vor immense Herausforderungen. Als SPD-Fraktion fordern wir daher eine „Bayern-Milliarde“: ein umfassendes Investitionsprogramm, das den Wandel der Automobilindustrie unterstützt. Mit diesem Paket wollen wir den Umstieg auf moderne Elektromotoren und Batterien „made in Bavaria“ fördern. Die Hälfte der Milliarde soll zur Förderung von Schnell-Ladepunkten für E-Mobilität investiert werden, besonders

solche für Lkws, Busse und andere Nutzfahrzeuge, denn in diesem Bereich haben wir in Bayern wichtige Hersteller.

Weitere 250 Millionen Euro sollen dem SPD-Plan zufolge in die Förderung von Batterietechnik und Digitalisierung im Fahrzeugbereich sowie das autonome Fahren fließen. Für die Qualifizierung von Fachkräften sollen unter anderem ebenfalls 125 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Entscheidend dafür ist eine solide Finanzierung: Die Bayern-Milliarde ist über zwei Jahre angelegt und kann größtenteils durch die staatliche Rücklage finanziert werden. Außerdem wird sie die Wirtschaft ankurbeln und dadurch zusätzliche Steuereinnahmen generieren. Dieses Investitionsprogramm ist ein wichtiger Impuls, um Bayern als führenden Standort der Automobilindustrie zu sichern – und das positive Feedback aus der Branche bestätigt uns.

## Für eine bessere Gesundheitsversorgung im Freistaat

Ein weiteres zentrales Thema unserer Klausur war die Krise im bayerischen Gesundheitssystem. Über 80 Prozent der Krankenhäuser schreiben rote Zahlen, besonders im ländlichen Raum drohen Schließungen. Die Staatsregierung hat über Jahre hinweg notwendige Reformen verschlafen und die Verantwortung auf Kommunen und Klinikträger abgewälzt. Diese Untätigkeit gefährdet die gesundheitliche Versorgung der Menschen im Freistaat.

Wir fordern eine bedarfsorientierte Krankenhausplanung, die sich an den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten orientiert – nicht an politischen Prestigeprojekten. Der Freistaat muss endlich Verantwortung

übernehmen und die Finanzierung der Kliniken sicherstellen, um flächendeckende Versorgung zu garantieren. Die Notfallversorgung und Gesundheit darf keine Frage des Geldbeutels oder Wohnorts sein!

## Pflege stärken – Angehörige unterstützen

Auch im Bereich Pflege gibt es viel zu tun. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt, und in den meisten Fällen übernehmen Angehörige die Pflege – oft neben Beruf und Familie. Dieses Engagement verdient mehr Anerkennung und finanzielle Unterstützung. An dieser Stelle möchte ich allen Pflegekräften und pflegenden Angehörigen meinen Dank für ihre geleistete Arbeit aussprechen.

Wir setzen uns als SPD-Fraktion dafür ein, Lohnersatzleistungen für pflegende Angehörige einzuführen und Pflegezeiten bei der Rente besser anzurechnen. Außerdem wollen wir die Eigenanteile in Pflegeheimen begrenzen, damit niemand mehr an den Heimkosten scheitert. Denn durchschnittlich 2.814 Euro pro Monat mussten Bewohnerinnen und Bewohner eines Pflegeheimes im Jahr 2024 für ihre Unterbringung als Eigenanteil aufbringen, dass viele Menschen hier an ihre finanziellen Grenzen kommen, ist offensichtlich. Pflege muss bezahlbar bleiben – für alle!

## Gemeinsam für ein starkes Bayern

Liebe Genossinnen und Genossen, die Herausforderungen sind groß, aber wir als SPD-Fraktion haben den Anspruch wollen Bayern sozial gerechter, nachhaltiger und innovativer machen. Dafür setze ich mich ein. Solidarische Grüße,  
Arif



## DER BLICK ZURÜCK UND NACH VORNE

von GABI PENZKOFER-RÖHRL

Auch im Jahr 2024 war die AG 60plus mit ihren immer sehr gut besuchten und von intensiven Diskussionen geprägten Monatstreffen sehr aktiv.

Die „Möglichkeit“, senior\*innenpolitische Themen im **Springenden Punkt** zu platzieren, verstehen wir als Auftrag. So konnten wir in fast jeder Ausgabe einen Artikel veröffentlichen. Dabei ist es uns wichtig, auch Menschen außerhalb unserer Partei einzubeziehen – wie den Stadtseniorinnenrat, die „Omas gegen Rechts“ oder detaillierte Infos über die Angebote des Seniorenamts. Dies werden wir auch in diesem Jahr fortsetzen.

Unser Januartreffen war wie immer der gemeinsamen Jahresplanung gewidmet, und vieles, was wir uns vorgenommen hatten, konnten wir auch umsetzen.

Im Februar setzten wir unsere Besuchsreihe fort und schauten im Studio Franken hinter die Kulissen.

Unsere JHV stand ganz im Fokus des Europawahlkampfes. So überzeugend Matthias Dornhuber und Anil Altun auch waren, das Wahlergebnis war katastrophal und lässt uns doch ein Stück ratlos zurück.

Abdurrahman Gümrükcü berichtete im März über seine Migrationsgeschichte. Ihm ist eine wirkliche Bilderbuchintegration gelungen, ohne die Vernachlässigung seiner eigenen Wurzeln. Wir freuen uns sehr mit ihm, dass er im vergangenen Jahr zum Bürgerfest unseres Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier eingeladen wurde. Wir müssen die Situation älterer Menschen mit Migrationshintergrund angesichts der sich verändernden Familienstrukturen zukünftig stärker in den Blick nehmen.

„Wie wollen Menschen im Alter wohnen?“ Mit dieser Frage beschäftigten wir uns im April. Erika Faul berichtete, was möglich, nötig und erforderlich ist, um längerfristig

in der eigenen oder gemieteten Wohnung verbleiben zu können. Als Ergebnis entstand ein Antrag an die Stadtverwaltung, eine „Musterwohnung“ einzurichten, um anschaulich und ausprobierbar zu machen, welche technischen Hilfsmittel es gibt.

Viele von uns, die sich seit Jahren für unsere SPD im Wahlkampf und anderswo engagieren, haben schon unangenehme „Anmaché“ und Pöbeleien am Infostand und in Diskussionen erlebt. Im Mai übten wir mit unserer Genossin und Kommunikationstrainerin Margret Jankowsky, wie wir damit umgehen können – und hoffen, dass wir es im aktuellen und künftigen Wahlkampf nicht anwenden müssen.

Das viel diskutierte „Gebäudeenergiegesetz“ besprachen wir im Juni mit Daniel Ulrich, dem Planungs- und Baureferenten der Stadt Nürnberg. Dass die CDU/CSU nun dieses – in den Anfängen noch etwas unausgereifte – Gesetz wieder zurücknehmen will, wird uns im Wahlkampf sicher beschäftigen. Interessant dabei ist, dass es bereits in der Großen Koalition unter Merkel angestoßen wurde.

Ein immer wiederkehrendes Thema ist die Leiharbeit in der Pflege. Diese ist wegen des Pflegekräftemangels teilweise notwendig, wirbt jedoch gleichzeitig Stammpersonal ab und schafft eine Zweiklassengesellschaft unter den Pflegenden. Darüber diskutierten wir im Juli mit unserem Genossen Peter Schuh, ehemals Klinikums-Vorstandsmitglied für Personal. An Lösungen dieses Problems muss auf Bundesebene weitergearbeitet werden: Obergrenzen bei der Leiharbeit, familienori-

enterte Arbeitszeiten und bessere Bezahlung sind Ansätze.

Unser Sommertreffen im August war bei herrlichem Wetter wieder bestens besucht.

Im September gab es gleich zwei Treffen: Eine Delegation von uns nahm an einer Gedenkfeier der AG 60plus Oberpfalz in Flossenbürg teil und legte dort für uns einen Kranz nieder. Mit unserem Vorsitzenden Nasser Ahmed diskutierten wir, wie sich die SPD inhaltlich, strategisch und personell in naher Zukunft aufstellen sollte. Klar ist, dass die Arbeitsgemeinschaften hier einen unverzichtbaren Part spielen müssen.

Unser Genosse Klaus Forster verfasste einen sehr interessanten Vortrag zum Thema „Der Bruderkrieg zwischen Russland und Ukraine trotz gemeinsamer Geschichte“, der viele Hintergründe aufzeigte. Mit diesem Thema setzten wir uns im Oktober auseinander. Die Ukraine benötigt unsere Unterstützung mehr denn je – nicht nur zur Verteidigung, sondern auch in sozialer, medizinischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Die Anstrengungen für Friedensverhandlungen müssen konsequent fortgeführt werden.

Das Thema Service-Wohnen beschäftigte uns schon öfter. Durch den Besuch des Ser-



vicewohnens SonnenSeite Tillypark im November – vermittelt durch unseren Genossen Wolfgang Stahlberg – konnten wir uns nun vor Ort persönlich ein Bild machen.

Im Dezember nominierten wir Helga Koch-Zessin (OV Nordbahnhof-Vogelherd) und Claudia Kupfer-Schreiner (OV Lichtenhof) als Kandidatinnen für den Stadtrat. Gabi Penzkofer-Röhrhrl kandidiert nicht mehr. Wir erwarten, dass auch weitere Ü60-Genoss\*innen nicht nur auf der SPD-Liste vertreten sein werden, sondern auch aussichtsreiche Plätze erhalten. Im Anschluss fand unsere Weihnachtsfeier mit kaltem Buffet – gesponsert vom UB-Vorstand – statt. Herzlichen Dank dafür!

#### Unser Ausblick:

Der Kampf gegen Rechts wird immer notwendiger angesichts der menschenfeindlichen Ungeheuerlichkeiten der AfD. Hier heißt es, Bündnisse zu schmieden, um gemeinsam stark auftreten zu können. Wir planen dazu unter anderem, den Kontakt zu den „Omas gegen Rechts“ wiederaufzunehmen.

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Neben einer klaren Positionierung gegen Rechtsradikale und ihre Epigonen gilt es, insbesondere im Kommunalwahlkampf senior\*innenpolitische Schwerpunkte zu setzen. Der Altersbericht der Bundesregierung und unser Seniorenpolitisches Gesamtkonzept bieten dafür zahlreiche Anhaltspunkte: Partizipation, Vielfalt, Gemeinsamkeit, Pflege und vieles mehr.

Ich möchte mich bei Abdurrahman Gümürkücü und insbesondere bei Erika Faul bedanken, die nach jahrzehntelangem, großartigem Engagement leider nicht mehr als Stellvertreterin zur Verfügung steht, für ihre unermüdliche Unterstützung.

## Einladung zur Jahreshauptversammlung der SPD AG 60plus

am 25. Februar 2025 um 15 Uhr – Karl-Bröger-Zentrum, Raum Kathe Strobel

#### Tagesordnung

1. Totenehrung
2. Konstituierung
  - a. Wahl der Versammlungsleitung
  - b. Wahl der Mandats- und Wahlprüfungskommission
  - c. Beschlussfassung über die Tagesordnung
  - d. Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
3. Bericht der Vorsitzenden
  - a. Aussprache
4. Entlastung der Vorsitzenden und des Gesamtvorstands
5. Vorstandswahlen
  - a. Wahl einer/eines Vorsitzenden
  - b. Wahl von zwei StellvertreterInnen
  - c. Wahl der/des Schriftführer\*in
  - d. Wahl von 5 (6) Beisitzer\*innen (wird vor der Wahl festgelegt)
6. Delegiertenwahlen
  - a. Wahl der/des Beisitzer\*in für den Unterbezirksvorstand
  - b. Wahl der/des beratenden Delegierten (1) zur Jahreshauptversammlung des Unterbezirks
  - c. Wahl von 7 Delegierten zur Bezirkskonferenz
  - d. Wahl und Vorschlag einer Vertretung in den Bezirksvorstand 60plus (Wird bei der Bezirkskonferenz bestätigt)
  - e. Wahl von 5 (6) Delegierten zur Landeskonferenz (Delegiertenschlüssel liegt noch nicht vor, wird vor der Wahl bekannt gegeben)
  - f. Wahl und Vorschlag von 2 Delegierten (3) zur Bundeskonferenz
7. Antragsberatung
8. Ausblick auf die kommenden Themen und Aktivitäten der AG 60plus durch die/den neugewählte/n Vorsitzende/n
9. Aussprache
10. Verschiedenes
11. Schlusswort der/des gewählten Vorsitzenden

Anträge bitte bis 20.02.25 an [gaperoe@t-online.de](mailto:gaperoe@t-online.de)

FEB/MÄRZ  
2025

ALLE TERMINE AUF  
EINEN BLICK

**18.02.25 – 19:00 Uhr**

SPD Langwasser:  
Jahreshauptversammlung  
Gemeinschaftshaus Raum 1

**24.02.25 – 19:00 Uhr**

SPD Lichtenhof:  
Jahreshauptversammlung  
Bleiweiß-Zentrum, Clubraum im 1. Stock

Bitte beachten, dass es zu terminlichen Abweichungen kommen kann. Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.



[www.spd-nuernberg.de](http://www.spd-nuernberg.de)



[facebook.com/spd.nuernberg](https://facebook.com/spd.nuernberg)



[instagram.com/spdnuernberg](https://instagram.com/spdnuernberg)

SPD Nürnberg – Karl-Bröger-Straße 9 – 90459 Nürnberg



Premiumadress  
Basis  
Dialogpost

Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



**DIALOGPOST**  
Ein Service der Deutschen Post

Foto: Reiner Zensen



# JAHRESEMPFANG

**2025**

**Mit Martin Schulz**

Präsident des Europäischen Parlaments a. D.  
am 14. Februar 2025  
um 18:00 Uhr im KORN'S



**JETZT ANMELDEN:**

- > Per Kontaktformular: [www.spd-nuernberg.de/Jahresempfang25](http://www.spd-nuernberg.de/Jahresempfang25)
- > Per Telefon: 0911 43896 0
- > Per Mail: [nuernberg@spd.de](mailto:nuernberg@spd.de)

Nürnberg.  
**SPD**